

Zeitschrift: Frauezeitig : FRAZ
Herausgeber: Frauenbefreiungsbewegung Zürich
Band: - (1991-1992)
Heft: 39

Rubrik: Initiative Nationalrat

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Initiative Nationalrat



Anfangs Jahr ist die eidgenössische Volksinitiative «NR 2000» von verschiedenen Frauenorganisationen lanciert worden. Die Initiative verlangt gleichviele Frauen wie Männer im Nationalrat. Ca 51% des Schweizer Volkes sind Frauen. Der Nationalrat ist die sogenannte «Volksvertretung». Es ist also eine Frage der Gerechtigkeit, dass im Nationalrat die Hälfte der Sitze von Frauen besetzt sind.

Warum wir die Verantwortung für mehr Frauen im Parlament nicht den WählerInnen überlassen dürfen

GegnerInnen von Frauenquoten argumentieren oft, Frauen müssten halt Frauen wählen. Die Untervertretung der Frauen in der Politik hat damit allerdings wenig zu tun. Das heutige politische System ist durch lange Männertradition geprägt und auf Männerbiografien ausgerichtet (Beruf, Karriere, Militär, Übernahme der Familienpflichten durch die Ehefrau...). Es nimmt nicht Rücksicht auf Frauen und ihre Situation. Der Bericht der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen «Nehmen Sie Platz, Madame!» zeigt zwei Haupthindernisse auf, die den Frauen ein politisches Engagement erschweren: Zu den Wahlkriterien gehören etwa der «richtige» Beruf, die «richtige» Region, die «richtige» Partei, die «richtige» soziale Situation und ein hoher Bekanntheitsgrad. Die Chancen, dass eine Frau all diese Kriterien erfüllt, sind gering. Der (Haus-)Frauenstatus ist kein positives Auswahlkriterium. Zudem sind die meisten Frauen Alleinverantwortliche für den Familienbereich. Ist eine Frau zusätzlich noch berufstätig, so verunmöglicht die Mehrfachbelastung eine politische Tätigkeit.

Hier liegt ein grosser Widerspruch. Als Hausfrau ist eine Frau kaum eine attraktive Kandidatin, als Berufstätige mit Familienpflichten bereits ausgelastet. Damit die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen in diesen Behörden möglich wird, müssen sie im häuslich-familiären Bereich entlastet und im beruflichen und politischen Bereich gefördert werden.

Warum wir Quoten brauchen

Der Frauenanteil in den Parlamenten steigt nicht automatisch und kontinuierlich. Ausser in den nördlichen Ländern, wo er dank Frauenförderungsmassnahmen auf 30 – 40% gestiegen ist, stagniert er in Europa bei zirka 17%. Alibi-Frauen sind mittlerweile fast überall anzutreffen. Jetzt geht es um die Machtfrage, die mit dem guten Willen allein nicht mehr gelöst werden kann. Männer werden ihre Privilegien nicht freiwillig abgeben. Die Quotierung ist die einzig wirksame Massnahme, um Ungleichheiten in der Politik abzubauen.

Die schweizerische Demokratie kennt den Proporz (die Quotierung) seit langem als bewährtes Mittel zur Vorbeugung von Machtkonzentration und zum Schutz von Minderheiten (z.B. kantonaler Proporz, Sprachenproporz, Parteienproporz, Zaubersformel im Bundesrat). Frauen sind zwar zahlenmässig in der Mehrheit, verfügen aber über wenig Machtmittel (Einfluss, Geld, Besitz...) und werden daher wie eine Minderheit behandelt.

Warum wir uns auf den Nationalrat beschränken

Wir streben die gerechte Verteilung von Macht und Verantwortung auf allen Ebenen und in jedem Lebensbereich an. Quoten müssen jedoch kritisch hinterfragt und differenziert eingesetzt werden, damit sie sich für die Frauen nicht als Bumerang erweisen. Da der Nationalrat die Volksvertretung ist und auch zahlenmässig (heute 200 Sitze) etwas darstellt, hat hier die Geschlechterparität den grössten symbolischen Wert. Die Präsenz von mehr als hundert Frauen im Nationalrat wird Auswirkungen auf die ganze politische Kultur in der Schweiz haben. In einem Klima, in dem Frauen nicht mehr aufgrund ihrer Minderheitenposition unter grossem Anpassungsdruck stehen, wird es für sie einfacher sein, Neues auszu-

probieren und festgefahrene Positionen aufzubrechen. Sie werden mehr Raum haben, um differenzierter wahrgenommen zu werden und politisch wirksamer zu sein.

100 Feministinnen im Nationalrat!

Dies ist die Zielsetzung, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. 100 Nationalrätinnen werden aber leider noch nicht garantieren, dass die politischen Geschäfte vermehrt aus einem feministischen Blickwinkel betrachtet werden und eine entsprechend patriarchatskritische Politik betrieben wird. Wir müssen uns allerdings hüten, gegenüber politisierenden Frauen doppelt kritisch zu sein und sie dadurch doppelt fallenzulassen (nach dem Motto: Weil sie eine Frau ist, ist alles noch viel schlimmer!)

Christine Salvisberg, OFRA CH

Rund um den Frauenstreik ist die Quotendiskussion auch in den Medien breiter aufgenommen worden. Dennoch kennen längst nicht alle Interessierten die Initiative NR 2000. Viel Arbeit ist noch nötig. Initiativkomitee und Sekretariat sind damit allerdings hoffnungslos überlastet. **Wir suchen dringend aktive Leute!** An der Krisenkonferenz am 6. September in Olten soll die Arbeit mit neuen Leuten neu organisiert werden. Ausser auf Eure Mithilfe sind wir auch auf **Finanzen** angewiesen: **PC 40-10847-5**. Für Material und Anmeldung für das Treffen am Freitag, 6. September, um 17 Uhr, im Bahnhofbuffet Olten: **Nationalrat 2000, Postfach 191, 4027 Basel.**

Für oder gegen

Initiative NR 2000

Barbara Gurtner

Grossrätin Bern (GB)
1983-87 Nationalrätin
arbeitet beim cfd, Bern

Ich dachte
es ist nötig
dass die Frauen
die wirklich wollen
dass ihre Lage sich verändert
selbst ihr Schicksal
in die Hände nahmen. *Simone de Beauvoir*

Unter dem Titel «Who ist who in Bern» verteilte das Magazin «Politik und Wirtschaft» in seiner letzten Ausgabe den Eidgenössischen ParlamentarierInnen Noten. Eines wurde mir sofort klar beim Durchlesen dieser Qualifikationen – obschon mich einige auch zum Schmunzeln verleiteten: Um je(mann)d zu sein in Bern, muss man(n) in erster Linie männlich sein. Gemessen werden die ParlamentarierInnen an Eigenschaften wie: Macht haben, Durchsetzungsvermögen, sich in Szene setzen können etc. Alles ausgesprochen männliche Werte. Werte, die unsere (Um)Welt zunehmend lebensfeindlicher und unlebbarer machen.

Wo bleiben andere Normen und Werte, jene Erfahrungen und Dimensionen, die seit jeher vor allem von Frauen erfahren werden, sogenannte weibliche Werte, bei denen alles, was mit Leben zu tun hat, im Vordergrund steht?

Laut «Politik und Wirtschaft» gehören die Frauen zu der am wenigsten profilierten Gruppe im Parlament. Zitat: «...doch zwanzig Jahre nach dem Einzug der ersten elf Politikerinnen ins Bundeshaus konnten sie die Kreise der Männer nur wenig stören. An den real existierenden Machtverhältnissen hat sich wenig geändert.» Stimmt. Was mich stört, ist, dass kein Wort darüber verloren wird, dass nur gerade 14% Frauen in Bern sitzen und gemeinsame Anstrengungen unternommen werden müssten, um die Situation zu ändern. Erfahrungen zeigen, dass Hoffen und Bitten allein nicht ausreichen. Machen Sie Platz, Monsieur!, wäre die logische Folgerung von Nehmen Sie Platz, Madame! Von alleine...? Darum brauchen wir zur Durchsetzung unserer Anliegen politische Instrumente. Die Initiative Nationalrat 2000 ist eines davon. Stellt Euch vor: 100 Feministinnen im Nationalrat!

Stella Jegher

Frauenrat für Aussenpolitik
arbeitet in der cfd-Frauenstelle

«Nur gemeinsam können Frauen und Männer die Herausforderungen der Zukunft bewältigen.»

Das klingt mir etwas zu harmonisch. Erstens bin ich mir keineswegs sicher, ob wir wirklich den Männern unter die Arme greifen sollen, um den Dreck wegzuputzen, den sie in den Jahrhunderten ihrer Alleinherrschaft angehäuft haben. Zweitens und vor allem ist Politik meiner Erfahrung nach nicht der gemeinnützige Versuch, Probleme anzugehen, sondern primär ein knallharter Kampf um Macht und Einfluss. Patriarchale Politik jedenfalls, und ich denke, die Politik ist noch nicht zwingend weniger patriarchal, wenn die Hälfte der ParlamentarierInnen Frauen sind.

Wenn ich trotzdem bereit bin, für die gerechte Frauenvertretung im Parlament – eigentlich eine Selbstverständlichkeit – noch ein paar Finger zu rühren, so deshalb, weil ich es als Teil der Strategien ansehe, die wir im Kampf gegen das Patriarchat dringend entwickeln müssen. Nicht weil ich das Parlament für den Ort halte, an dem wir mit Frauen-power zuschlagen könnten – aber weil ich finde, wir müssen lernen und durchschauen, wie patriarchale Macht funktioniert. Dazu kann mehr Frauenpräsenz im Parlament durchaus hilfreich sein.

Für ein weiteres notwendiges Element unserer künftigen Strategien halte ich die Bereitschaft, uns über unsere bisherigen Abgrenzungen hinwegzusetzen; uns über unsere Differenzen auseinanderzusetzen und trotzdem gemeinsam und an verschiedenen Orten vorgehen zu können. Auch dazu kann die Diskussion um den Nationalrat 2000 dienen und eventuelle spätere Frauenlisten ebenfalls.

Schliesslich aber hoffe ich natürlich, dass dereinst auch gemeinsames Vorgehen auf anderen Ebenen möglich wird. Nicht nur wenn es darum geht, Nationalratsbanken zu drücken, sondern auch, wenn wir künftig mit Bankenblockaden gegen die Verschuldung protestieren, wegen der Umweltzerstörung Strassen besetzen und für die Rechte von Migrantinnen an der Grenze stehen müssen...

Nur gemeinsam können Frauen und Frauen die Machtfragen der Zukunft stellen!

Bea Schwager

Anfang dieses Jahres hat unsere Männerjustiz dem Säbelrasseln der standhaften Appenzellern im Ring Einhalt geboten. Anlass zu diesem Entscheid des Bundesgerichtes bildete nicht etwa die Einsicht, eine Verabschiedung vom Patriarchat sei unumgänglich und notwendig, sondern vielmehr der äussere Zwang, nachdem die Verweigerung des kantonalen Frauenstimmrechts mit dem Image einer modernen «Wirtschaftsnation» nicht mehr vereinbar ist. Ähnlichen Zwängen entspringt auch das Projekt «Nationalrat 2000». Durch die Änderung des Wahlmodus soll garantiert werden, dass die kandidierenden Frauen auch gewählt werden, denn ein aufgeklärter Staat kommt um die Existenz weiblicher «Volksvertretung» nicht herum.

Zur Korrektur struktureller Gewalt sind Quoten ein probates Mittel – mit der formellen Gleichstellung innerhalb patriarchaler Strukturen wird diese Gewalt kaschiert, aber gleichzeitig auch wieder neu gefestigt. Durch die direkte Beteiligung an der Macht und den Gebrauch ihrer Instrumente werden Frauen ebenso wie Männer zwangsläufig korrumpiert. Das Wahlprogramm «Frausein» vermag weder für eine «andere Politik» noch für die Abschaffung des Sexismus einzustehen, so sehr uns das auch vorgemacht werden soll (Mit der sozialistischen Premierministerin Edith Cresson sei nur wieder mal ein aktuelles Beispiel herbeizitiert, wie sich Frauen als ideologische Sachverwalterinnen patriarchaler Moral einspannen lassen können, um Sexismus, Rassismus und Unterdrückung von Homosexualität weiter zu schüren).

Feministische Inhalte ins Parlament zu tragen, heisst, diese gleichzeitig zu verwässern. Durch so praktizierten Reformismus wird die Stärke der feministischen Bewegung nicht etwa potenziert, es wird ihr die Vehemenz genommen und Kraft abgetragen. Für die Modernisierung patriarchaler Herrschaftsstrukturen sollen wir auf Staatspolitik eingeeimpft werden. Weigern wir uns, vereinnahmt zu werden, unsere Widerspenstigkeit zählen und unsere Ziele durch Teilhabe an diesen Gremien bis zur Patriarchatsverträglichkeit nivellieren zu lassen. Unser Kampf sollte in der Abschaffung und nicht in der Aufwertung dieser bürgerlichen Strukturen liegen.